

Erscheint wöchentlich 4 Mal: Dienstag und Freitag früh, Mittwoch und Sonnabend Mittag. Pränumerations-Preis für Einheimische 18 Sgr., mit Botenlohn 19 Sgr.; Auswärtige zahlen bei den Königl. Post-Anstalten 21 Sgr. 3 Pf.



Insertionen werden bis Montag und Donnerstag Abends 5 Uhr, Mittwoch und Sonnabend bis Vormittags 10 Uhr in der Expedition angenommen, und kostet die einspaltige Corpus- Zeile oder deren Raum 1 Sgr. 6 Pf.

Chorner Wochenuhblatt.

Nr. 61.

Mittwoch, den 17. April.

1867

Zur Luxemburger Frage.

Von Wien aus wird eine friedlichere Wendung in der luxemburgischen Frage signalisiert. Welche That-sachen zu dieser Wendung Veranlassung gegeben haben, wird nicht gesagt. Es ist bekannt und bereits in voriger Woche darauf hingewiesen, daß die französische Regierung jetzt weniger die Frage wegen des Anfaus von Luxemburg durch Frankreich in den Vordergrund stellt, als die Frage wegen Räumung der Festung Seitens der preußischen Truppen. In Folge dessen ist das Project aufgetaucht: Luxemburg zu neutralisieren. „Über Preußens Ansicht in diesem Punkt“ — sagt die heute angekommene Berliner „Post“ — hat Zuverlässiges zwar noch nicht verlautet, aber man scheint in Berlin, wenn aus der Haltung der guvernementalen Presse Schlüsse zu ziehen sind, wenigstens keine prinzipiellen Einwendungen von vorn herein dagegen zu erheben. Allerdings wird es sich fragen, unter welchen Bedingungen die Neutralität von den Großmächten garantiert werden soll.“

Von anderer Seite wird dagegen entschieden bestritten, daß Preußen sich in irgend einer Weise zu einer Zurückziehung seiner Besatzung aus Luxemburg verstehen könne. Auch die „Spenerische Bta.“ hält eine solche Eventualität für unwahrscheinlich. Sie stützt sich dabei hauptsächlich auf militärische Gründe, und zwar im Anschluß an einen Artikel der „Desterr. Militair-Bta.“. „Die kürzeste und bequemste Operationsrichtung aus Frankreich gegen die mittlere Elbe und Berlin — heißt es dort — führt aus Nordfrankreich über die deutsche Bundesfestung Luxemburg, gegen die Rheinstrecke Bonn-Biebel und von hier durch beinahe fortwährendes offenes Terrain gegen die Linie der Saale und Elbe, wo die Vereinigung mit dem etwa über den Oberrhein durch Süddeutschland vorgerückten franz. Corps zu einer neuen Volkschlacht in der Leipziger Gegend erfolgen würde. Man sieht also, daß die für Frankreich einzige gute Angriffsrichtung gegen Preußen durch die Bundesfestung Luxemburg gesperrt ist. Wollte eine franz. Armee diese Festung umgehen, so müßte sie entweder die überaus starke Rheinlinie zwischen Mainz und Köln angreifen oder die Neutralität Belgien verletzen und sich dadurch einem Conflit mit England aussetzen.“

Norddeutscher Reichstag.

In der Sitzung am 15. d. M. begann die Schlussberatung über den Verfassungsentwurf. — Der Vorsitzende der Bundes-Commissarien sprach Folgendes:

Mit dem Schluß der Vorberatung in diesem hohen Hause ist an die Vertreter der verbündeten Regierungen die Notwendigkeit herangetreten, die Entschließung ihrer hohen Volksmachtgeber über die aus den Beschlüssen des Hauses hervorgegangenen Abänderungen des ursprünglichen Entwurfs herbeizuführen. Mit aufrichtiger Genugthuung kann ich konstatiren, daß in Betreff der bei weitem größten Anzahl, in vierzig Punkten etwa, die verbündeten Regierungen bereit sind, sich die Beschlüsse des hohen Hauses anzueignen, sobald es gelingt, über die beiden Punkte, im Betreff deren die verbündeten Regierungen in der gegenwärtigen Fassung der Vorlage ein Hinderniß für das Zusammekommen der Vereinbarung erblicken, eine Vereinbarung zu erzielen; es sind diese beiden Punkte: die Sicherstellung der Heereseinrichtungen und die Frage über die Bewilligung von Diäten. Die Commissare werden Anlaß nehmen, beim Eintritt in die Diskussion über die speziellen Punkte diejenigen Aenderungen zu bezeichnen, welche den hohen Verbindeten annehmbar sein würden und nach deren Annahme dem Abschluß der Vereinbarung über das Gesamtinteresse kein Hinderniß mehr im Wege stehen wird. Augenblicklich beschränke ich mich darauf, diejenigen Punkte oberflächlich anzugeben, in Betreff deren die verbündeten Regierungen unter der vorher ausgesprochenen Voraussetzung bereit sind, sich die Beschlüsse des Reichstages anzueignen. Es betrifft dies zunächst, da die drei ersten Artikel unverändert geblieben sind, die

sämtlichen Zusätze zu Art. 4 betreffend die Kompetenz der Bundesgesetzgebung, ferner den dazu gehörigen Zusatz im Alinea 2 des Art. 5; dann im Art. 11 den Zusatz, die Genehmigung des Reichstags als Erforderniß für die Gültigkeit der Verträge betreffend; den Zusatz zu Art. 18 in Betreff der Uebernahme der Verantwortlichkeit durch den Bundeskanzler; die beiden Absätze des Art. 21, die Wahlbarkeit der Beamten und das Nicht-Erforderniß eines Urlaubs behufs Eintritts in den Reichstag betreffend; den Zusatz im Art. 22, die Nicht-Verantwortlichkeit wahrheitsgetreuer Berichte über die öffentlichen Sitzungen betreffend; den Art. 23, betreffend das Recht des Reichstags zur Ueberweisung von Petitionen an den Bundesrat; den Art. 25, betreffend die Neuwahlen nach einer etwaigen Auflösung; den Art. 26, betreffend die Beschrankungen der Vertagung; den Art. 31 die Verhaftung von Mitgliedern des Reichstages betreffend; sämtliche Abänderungen in den das Zoll-, Handels- und Eisenbahnenwesen betreffenden Abschnitten, namentlich auch die in Art. 45 und 46 über die Tarife; die Abänderungen in dem Abschnitt über die Marine und Schifffahrt; ferner im Art. 59 die Verlegung der sieben Jahre Wehrpflicht im stehenden Hause in zwei Abtheilungen; die im Art. 69 ausgesprochene Notwendigkeit einer jährlichen Feststellung des Budgets; den neu hinzugefügten Art. 72, Anleihen und Garantien betreffend; den Art. 74, betreffend die Kompetenz des Bundesgerichts zu Lübeck, so wie endlich die neu hinzugekommenen Artikel 76 und 77, betreffend die Remeditur gegen Justizverweigerungen und die Abänderung der Verfassung.

Die verbündeten Regierungen haben in den von dem hohen Reichstage votirten Veränderungen zum Theil zweifelsohne Verbesserungen ihres Entwurfs erachtet, zum Theil aber — das kann ich nicht verhehlen, ist ihnen die Annahme derselben nicht leicht geworden: die hohen Regierungen haben sich aber dabei von demselben Geiste der Versöhnung leiten lassen, von dem sie hoffen, daß er die Diskussion bei der Schlussberatung des hohen Hauses beherrschen und auch hier die individuelle Überzeugung hinter dem nationalen Erforderniß, daß unser Werk überhaupt zu Stande kommt, zurücktreten wird.

Zur Generaldebatte war eine lange Reihe von Rednern gemeldet. Abg. Neichenperger eröffnete die Debatte mit einem Plaidoyer zu Gunsten der Enblock-annahme des Entwurfs, wie er aus der ersten Lesung hervorgegangen ist. Er sei für ein Normalbudget, jedoch dürfe dasselbe nur das wirklich dauernd nothwendige Minimum enthalten. Die Forderungen der Verfassung enthielten wesentlich mehr, deshalb könne er sie nur auf Zeit bewilligen, wie es in der Vorberatung geschehen sei, und müsse auf dem unbedingten Budgetrecht bestehen, welches durchaus nicht die Gefahren bringe, welche die Gegner darin sehen. Jedoch muss man die Freiheit auf alle Gefahr hin aufrecht erhalten. Wenn das geeinte Deutschland weniger Freiheit habe, als das zerrissene, so werde das Volk andern Sinnes werden. Graf Bismarck: Der Vorredner habe davon gesprochen, die Minister seien nicht unentferbar, dies bestätige er gerne und erkläre, daß er, wenn der Vorredner mit seiner Ansicht die Majorität gewinne, die Verantwortlichkeit der Fortführung seines Amtes nicht übernehmen und dann vielleicht dem Redner Gelegenheit geben werde, es mit seiner Majorität zu versuchen. Abg. Walder führt das Thema aus, daß er durch den Zutritt der wenigen Kleinstaaten zu dem großen preußischen Staat sich nicht veranlaßt sehen könne Rechte der Landesvertretung aus Preußen zu exportiren. Die Einreihung der Truppen der Einzelstaaten in das preußische Heer stehe fest, die Verfassung möge zu Staude kommen oder nicht, die Feststellung der Friedenspräsenz sei ein volkswirthschaftliches Rechenexemplar, nicht eine Grundlage der Armeorganisations. Für eine Verfassung, die bis 1871 für den Militäretat das Budgetrecht aufhebe, könne er nicht stimmen. Man hätte dem oldenburgischen Votum folgen und danach die Verfassungsarbeiten sollen; der Bundesrat mit der Möglichkeit der Majorisierung Preußens sei unannehmbar. Die Reminiszenzen der Bundesalte müssen mit der

Bundesalte begraben sein. Man schädige den preußischen Staat durch Annahme einer Verfassung, die nicht Bundesstaat, sondern Staatenbund sei. Der Oldenburgische Bundeskommissar: Die Oldenburgische Regierung sei in verschiedenen Punkten anderer Ansicht gewesen, als schließlich die Majorität, aber sie habe sich unterworfen im Interesse des höheren Ziels, und stehe jetzt eben so fest auf dem gewonnenen Boden, wie die übrigen. Gegenüber dem von allen Regierungen übereinstimmend anerkannten Bedürfnis, könne er den Herren, welche anderer Ansicht seien, nur dringend raten, ihre subjektive Ansicht dem großen Zwecke unterzuordnen.

Der Schluß wird angenommen, die vom Abg. von Carlowitz beantragte Enblock-annahme der Beschlüsse der Vorberatung durch Widerspruch mehrerer Abgeordneten erledigt.

Zu Art. 32 (Diätenfrage) lag ein Amendment der Rechten auf Wiederherstellung der Bestimmung des Entwurfs vor. — Abg. Schulze sprach mit großer Wärme für Aufrechterhaltung des Beschlusses der Vorberatung. Abg. Braun (Plauen) befürwortet die Wiederherstellung des Entwurfs, weil der Ministerpräsident den Reichstag in die Lage gebracht, entweder die Bestimmung des Entwurfs anzunehmen oder auf die Verfassung zu verzichten. Er tut dies im eigenen Namen und im Namen mehrerer seiner sächsischen Freunde. Abg. Lasker motiviert seine Abstimmung für die Aufrechterhaltung des Beschlusses der Vorberatung, weil er sich nicht überzeugt habe, daß durch Aufrechterhaltung der Diäten die Verfassung gefährdet werde. Minister Graf Eulenburg legte die Gründe dar, weshalb die Regierungen auf dem Wegfall der Diäten bestehen müßten; das einzige mögliche System sei in diesem Falle das der direkten allgemeinen Wahlen. Für alle Zeit sei dieses System nicht das beste jedenfalls müsse es mit Vorsicht angewandt werden, und könne sich nur bewähren, wenn die Wähler veranlaßt würden, auf einflußreiche Männer des Kreises ihre Augen zu lenken, statt auf krankhaft strehende Männer, welche die Agitation auszumüten verstanden. Wenigstens für eine Probezeit müsse das Gegengemüth der Diätenlosigkeit gewahrt werden. Die Gewöhnung des deutschen Volkes, die Abgeordneten aus den Kreisen zu wählen, welche der Diäten bedürfen, sei eine nicht wünschenswerthe. Man müsse die Klassen, die recht eigentlich in die Volksvertretung gehören, daran gewöhnen, sich wählen zu lassen. Es sei eine Pflicht für dieselben, sich in die Wahlbewegung zu werfen, das würden sie aber erst thun, wenn die Sessionen kürzer würden u. s. w. Die verbündeten Regierungen würden unter keinen Umständen von ihrem Standpunkte abgehen. Abg. v. Bemmisch: Er lasse die Vorlage der Regierung ihrem Sinne nach darin auf, daß dadurch die Zahlung von Diäten aus Privatmitteln nicht ausgegeschlossen werden solle. Wenn er und eine größere Zahl seiner politischen Freunde jetzt für die Regierungsvorlage stimmen würden, so geschehe es nur aus äußerem Gründen, um nämlich das Zustandekommen des Verfassungswerks nicht zu gefährden. Er habe die Überzeugung gewonnen, daß die Diätenfrage eine entscheidende sei. Unter diesen Verhältnissen könne er die Verantwortlichkeit nicht auf sich nehmen, die Verfassung wegen eines einzelnen Punktes zu Falle zu bringen; er überlässe die Verantwortung den Bundesregierungen, die eine entscheidende Frage daraus gemacht.

Abgeordneter Grumbrecht: Er werde gegen den Beschuß der Vorberatung und gegen die Regierungsvorlage stimmen. Abgeordneter Graf Schwerin: Wenn irgend etwas geeignet wäre, den Entschluß derer, die der Regierungsvorlage zustimmen wollten, zu erschweren, so seien es die Aeußerungen des preußischen Ministers des Innern gewesen. Er sei für die Bewilligung von Diäten. Er stimme jedoch heute für die Regierungsvorlage, weil er der Meinung sei, daß man das Verfassungswerk an dieser Frage nicht scheitern lassen dürfe.

Die Debatte wird geschlossen. Ein von Grumbrecht eingebrochtes Amendment, betreffend die Stellvertretungskosten, wird abgelehnt. Über den Annischen Antrag, betreffend die Wiederherstellung des Regierungsentwurfs, wird namentlich abgestimmt und derselbe mit 178 gegen 90 Stimmen angenommen.

Sechs Abgeordnete enthalten sich der Abstimmung entfernt. Herauf werden die folgenden Abschnitte bis "Bundeskriegswesen" ohne Diskussion genehmigt, ebenso die Art. 57—59.

In der Sitzung am 16. wurden alle Artikel in der Einzelberatung erledigt und schrift der Reichstag zur Abstimmung über die ganze Verfassung. Dieselbe wurde in namentlicher Abstimmung mit 230 gegen 53 Stimmen angenommen. Dagegen stimmten unter Andern: v. Donimirski, Dunker (Berlin), Erxleben, Grotte, Haberhorn, v. Hammerstein (Hannover), Heubner, v. Hilgers, Holzmann, v. Jakowitsch, Jensen, Kantak, v. Mallinkrodt, zur Megede, Mottey, v. Münchhausen, Niegolewski, Dehnichen, Pilatz, v. Pross, Reichenberger, Richter, v. Rößing, Rohden, Runge, Schaffrath, Schröder Schraps, Schulze, v. Wächter, Waldeck, Weigold, Wigard, Wiggers (Berlin), Winkelmann, Ausfeld, Baumback, Bebel, Dr. Becker, Winkelmann, v. Böckmer, Eichholz.

Nachdem der Präsident das Resultat verkündet, gab er der Situation durch eigene Worte Ausdruck, jedoch darauf hinweisen, daß er dem von anderer Instanz erfolgenden Urtheil über das Resultat nicht vorgreifen wolle. Abg. Kantak: er und seine Freunde hätten Anfangs gegen die Einverleibung des polnischen Gebiets protestirt; nachdem dieser Gewaltakt jetzt vollzogen, lege er und seine Freunde, unter Wiederholung des Protestes das Mandat nieder. Präsident: Wenn durch die letzte Erklärung nicht meine Disziplinargewalt über den Abgeordneten ein Ende erreicht hätte, so würde ich ihn zur Ordnung rufen, weil er einen Besluß des Reichstages einen Gewaltakt genannt. Uebrigens wird die Geschichte über diesen Protest zur Tagesordnung übergehen, wie über so viele frühere.

Die Sitzung wurde hierauf 1½ Uhr geschlossen. Nächste Sitzung: Morgen, 10 Uhr. L.-D. Entgegnahme von Erklärungen der Bundesregierungen.

Politische Rundschau.

Deutschland.

Berlin. Die Adresse der Pariser Studenten an die deutschen hat hier in jeder Beziehung einen sehr günstigen Eindruck gemacht, selbst in Kreisen, welche solchen Demonstrationen durchaus nicht hold sind. Man schreibt dieser Gesinnungsausserung zwar durchaus keine direkte politische Bedeutung bei, aber man glaubt doch daraus entnehmen zu können, daß die populäre Strömung in Frankreich durchaus nicht so für den Krieg ist, als die Aeußerungen in der Volksvertretung und in der Presse uns hatten fürchten lassen. Der Gedanke, daß der ganze Kriegslärm in Frankreich nur ein Resultat politischer Intrigen ist, für die der Krieg, selbst wenn er kommen sollte, nur Mittel zu Zwecken der inneren Politik ist, gewinnt durch diese Adresse noch mehr an Wahrscheinlichkeit. Die akademische Jugend, die sich ja so leicht zum Organe eines überschwänglichen Patriotismus macht — und wer könnte die französische Jugend im Verdacht haben, nicht patriotisch zu sein? — lebt sich gegen dieses Intrigenspiel auf, das mit dem Frieden Europas einerseits von der Regierung für die Erhaltung der Herrschaft und von den alten dynastischen Parteien, den Legitimisten und Orleans, andererseits zum Sturz des Bonapartismus, getrieben wird. Das ist der wahre Sinn dieser Adresse. Von praktischer Bedeutung ist sie nur so weit, als sie keinen Stützpunkt für die Meinung bietet, daß die französische Regierung durch die Volksstimme auch gegen ihren Willen zum Kriege getrieben werden könnte. Wie wir hören, wird von der heutigen Burschenschaft eine Antwort auf diese Adresse vorbereitet, welche sich den Gedanken der Freiheit und Humanität, der in der Pariser Adresse seinen Ausdruck gefunden, anschließt.

Die von Darmstadt aus telegraphisch gemeldete Militär-Convention bildet ein neues Glied in der Kette, welche die militärische Einheit Deutschlands so weit sicher stellen soll, als Verträge zwischen Fürsten je überhaupt sicher zu stellen vermögen. Die Convention mit Darmstadt ist der mit Sachsen geschlossenen genau nachgebildet, d. h. also, dem Großherzog von Hessen-Darmstadt werden für seine Armee in Bezug auf Ernennung der Generale und Dislokation der Truppen gewisse Befugnisse gelassen, welche die Verfassung des Norddeutschen Bundes, wie sie vorgeschlagen und bis jetzt angenommen ist, den einzelnen Fürsten für ihre Contingente nicht gelassen hat. Wir haben die Convention mit Sachsen ihrer Zeit sehr beklagt, beklagen sie noch als eine Verlezung der Einheit der Armees des Bundesstaats. Nachdem aber Sachsen eine solche Convention erhalten hat, können wir den Abschluß einer ähnlichen mit Hessen-Darmstadt nur als einen Fortschritt begrüßen, weil dadurch das ganze Contingent Hessen-Darmstadt, ja nur für die Provinz Oberhessen im Bunde ist, der Bundesarmee angeschlossen wird. Wir sehen aber auch aus dieser Convention andererseits, daß der in Aussicht genommene Bund der Südstaaten, zu denen ja der größere Theil Darmstadts noch gehört, noch in so weiter Ferne steht, daß für die jetzigen politischen Combinationen noch gar nicht darauf zu rechnen ist. Wir hoffen deshalb recht bald auch von einer ähnlichen Convention mit Baden zu hören, damit die unter den jetzigen Verhältnissen sehr gefährdete und doch so wichtige Festung Kaiserslautern für unsere Vertheidigungslinie sicher gestellt wird.

Oesterreich.

Aus Wien v. 15. wird der „Nat. Bzg.“ gemeldet: Neben die Unterredung, welche Herr von Beust

mit dem Herzog v. Gramont vor dessen Abreise nach Paris hatte, sind die verschiedenen Versionen im Umlauf, die jedoch sämtlich nicht sehr glaubwürdig lauten. Von zweifelhafter Seite wird mitgetheilt, daß der Ministerpräsident bei dieser Gelegenheit erklärt hat, eine Abmachung irgend einer Art Oesterreichs mit Preußen bestehet nicht. — Auswärtigen Blättern wird von hier telegraphirt, daß eine Depeche des Fürsten Metternich eine entschieden friedliche Wendung in der Luxemburgischen Angelegenheit ankündige. Diese Nachricht ist falsch. Unser Botschafter hat allerdings hierher gemeldet, daß der Kaiser Napoleon friedliche Gesinnungen habe und die luxemburgische Frage im Wege der diplomatischen Verhandlungen beizulegen wünsche, das war aber vor beiläufig acht Tagen; die neuesten Berichte des Fürsten lauten nicht so beruhigend, hier bereitet man sich bereits auf die kommenden Ereignisse vor; es besteht die Absicht, eventuell zwei Armeen aufzustellen, die eine in Böhmen, und die andre in Oberösterreich an der bairischen Grenze; beide zusammen würden gegen 350,000 Mann stark sein. Die mit Urlaub abwesenden Offiziere haben Befehl erhalten, unverzüglich zu ihren Regimenten einzutreten; an die Mannschaften werden keine Urlaubsbewilligungen mehr erteilt. — Freiherr v. John soll binnen Kurzem als Kriegsminister durch F.W. Ramming ersetzt werden und der erstere eine andere Bestimmung erhalten. — Der Einberufung des Reichsraths steht nunmehr, da auch der böhmische Landtag die Wahlen zu demselben vollzogen hat, kein Hindernis mehr entgegen. Die Czechen haben sich allerdings der Wahl enthalten und die vom Landtag gewählten czechischen Abgeordneten werden auch kein Mandat in den Reichsrath annehmen; man hält aber die Anwesenheit der Czechen in demselben nicht für unbedingt nothwendig und glaubt sie entbehren zu können; jedenfalls ist es ein Gewinn, daß im Reichsrath nicht wieder jene ermüdeten Expeditoren über die glorreiche „Coruna csesla“ vorgebracht werden. Die liberalen Abgeordneten werden gleich in den ersten Sitzungen als eine fest geschlossene Partei auftreten, da sich ihre Führer über die dem Ministerium gegenüber zu beobachtende Haltung verständigt haben; die liberale Partei wird das Ministerium unterstützen, wenn es ein wahrhaft liberale Programm vertritt und in dasselbe die Aufhebung des Konkordats, die Modifikation der Handelsgesetzgebung, Preßfreiheit, Schwurgerichte u. s. w. aufnimmt. Eine unter dem Vorsteher des Ministers des Innern Grafen Taaffe arbeitende Kommission hat die Vorlagen für den Reichsrath bereits ausgearbeitet und liegen dieselben jetzt dem Ministerratte vor; sie tragen dem Dualismus volle Rechnung, so daß von der Februarverfassung nach ihrer Revision nichts als der Name übrig bleibt.

Die „Presse“ v. 16. bringt einen Artikel, der es für den Beruf Oesterreichs erklärt, in der Luxemburgischen Angelegenheit zunächst die Rolle eines imparadieschen Vermittlers zu übernehmen. Frankreich sagt sie, solle bedenken, was es heiße, eine große, gebildete, ihm an Macht gleiche Nation gegen sich zu haben; Preußen seinerseits dürfe die wilde Energie des französischen Geistes nicht unterschätzen. Graf Bismarck möge sich hüten, in die Fehler seines großen Pariser Gegners zu verfallen und das Prinzip der Nationalitäten zu überdrauben. Die Luxemburgische Angelegenheit sei in erster Linie eine Rechtsfrage, in zweiter eine Frage des Gleichgewichts; erst in dritter Linie dürfe ihre nationale Bedeutung in Betracht kommen.

Frankreich.

Die Aufregung an der Börse und in der Presse war, ohne daß neue positive Thatachen bekannt geworden sind, die dazu als Motiv dienen könnten, am 11. d. Mts. wiederum im Nachseine begriffen. Die „France“ dementiert sogar die Nachricht, daß Graf Palito einen kriegerischen Tagesbefehl an die Armee von Lyon erlassen habe; auch die Einberufung der Reserven bestätigt sich noch nicht. Dasselbe Blatt erklärt ferner das Gericht, der König von Holland wolle zu Gunsten des Prinzen Heinrich als Großherzog von Luxemburg abdanken, für grundlos. In der „Presse“ veröffentlicht der Deputirte Graf von Chambrun ein Schreiben, worin er den Vorschlag macht, Luxemburg zu Belgien zu schlagen. Im „Temps“ befürwortet Charles Dollfus in dringlicher Weise abermals die Neutralisierung Luxemburgs unter gleichzeitiger Schließung der Festungen; wenn Preußen die Löfung zurückweise, so begehe es ein Verbrechen, von welchem es sich nicht mehr reinwaschen könne. Der „Monde“ warnt vor der Illusion, daß Oesterreich sich mit Frankreich verbünden werde; selbst wenn es wirklich zu Stande kommen sollte, würde es unfehlbar eine Intervention Russlands nach sich ziehen. Im Uebrigen thut der „Monde“ so, als glaube er fest und sicher an die „fatale“ Nothwendigkeit einer preußisch-russischen Allianz, da die naturgemäße Expansion beider Staaten sich gegenseitig in keiner Weise hindere. Wie man sich erzählt, ist es der Prinz Napoleon, welcher trotz seiner früheren Sympathien für eine Allianz mit Preußen gegenwärtig am eifrigsten zum Kriege drängt und zu diesem Zweck selbst ein Bündnis mit Oesterreich befürwortet.

Amerika.

Aus Mexiko treffen völlig widerstreitende Mitteilungen ein: während nach einer Depesche die Liberalen unter Escobedo geschlagen worden waren, Miramon auf ihrer Verfolgung begriffen und Miramont auf dem Marsche nach der Hauptstadt war, sagt ein Privat-Telegramm der „Times“: Nach Berichten aus Mexiko bis zum 27. März waren die Streitkräfte

der Liberalen ständig im Zuge und erwarten binnen Kurzem den Kaiser Maximilian, dessen Truppen in Queretaro an Lebensmitteln Mangel litten, gefangen zu nehmen.

Provinzielles.

Schweiz. (Gr. Ges.) Großes Aufsehen erregt in allen Schichten der Stadt, ja des Kreises, die Verhaftung des Rechts-Anwalts T., wie man sagt, wegen Unterschlagung ihm anvertrauten Geldes. Der selbe war, nachdem er sein Mobilier verkauft, nach Hamburg entflohen, von wo er hierher transportirt worden ist. Leider ist keine Aussicht vorhanden, daß die armen Opfer seiner unverantwortlichen Handlungswise ihren Schaden erfüllt erhalten, weil die Schulden sein Vermögen weit übersteigen. — Daß die Aufhebung der Buchergesetze im Anfange ihre Nachtheile haben würde, ließ sich voraussehen. Wie sie benutzt wird von früheren Buchern, davon ein Beispiel: Ein Sattlergeselle weiß, daß eine arme Bauernwitwe mit zahlreicher Familie, die sie redlich ernährt, ihrer Schwägerin in der Stadt 200 Thaler schuldet. Letztere braucht das Geld, will aber ihre Verwandte nicht drücken. Er wendet sich nun an die Bauerfrau und bietet ihr ein Darlehen von 200 Thlr. zu 6 p. Et. an, mit welchem sie ihre Schwägerin befreidigen könne. Als sie darauf eingehet, erbietet er sich, der Schwägerin das Geld zu zahlen. Von dieser, die erfreut ist, das Geld zu erhalten, läuft er sich 30 Thlr. Provision geben; der Wittwe aber kündigt er die 200 Thaler, wenn sie ihm nicht 12 p. Et. zahlen will.

Lokales.

Personal-Chronik. Der Lehrer an der städt. Bürgerschule Herr C. Speck feierte am 15. d. seinen Geburtstag, an welchem Tage er auch das 40. Jahr seiner Tätigkeit angedacht Anstalt vollendet hatte. Seine ehemaligen Schüler hatten diese Gelegenheit nicht vorübergehen lassen, sondern dem Benannten durch einen pietätvollem Akt ihre dankbare Anerkennung fundgegeben. Durch eine Deputation ließen ihm dieelben eine silberne Dose und eine goldene Uhrkette, so wie eine vom Lehrer Herrn Kraft redigirte und vom Gymnasiallehrer Herrn Tempelin kunstvoll ausgeführte Adresse überreichen, für welche Herr Bildhauer Rewald einen sehr geschmackvollen Rahmen liefert hatte. Am Abend hatten die ehemaligen Schüler und Freunde des Gefierten ein bescheidenes Vergnügtn. in im Saale des Herrn Hildebrandt veranstaltet, bei welchem die Handwerker-Liedertafel mehrere Gesänge vortrug und Herr Drechslermeister Böttcher einen humoristischen Toast in Versen ausbrachte.

Kreisangabenheiten. In die kreisständischen Kommissionen sind gewählt die Herren:

1. Etats-Kommission pro 1867. v. Czarlnski-Brochnowko, Pohl-Olek, Elsner-Papau, G. Prowe und E. Lambeck.

2. Einkommensteuer-Einschätzung pro 1867. Körner Oberbürgermeister, G. Prowe, Lambeck, Tage, Rafalski-Cyhoradz, Gundemeyer-Browina, v. Wolff-Gronowo, v. Bawisza-Warszewic, Wentscher-Rosenberg.

3. Chaussee-Verwaltung-Kommission pro 1867. v. Danielowski, v. Wolff-Gronovo, Buchholz-Neuhof, v. Kries-Friedenau, Kaun, Bürgermeister a. D., v. Bawisza-Warszewic, Pohl-Olek.

4. Kreis-Ersatz-Kommission. Rosenow, Joseph, Vertreter des Herrn Rosenow, v. Kalinowski, Tage, Vertreter des Herrn v. Kalinowski, v. Sodenstern-Sternberg, Gundemeyer-Browina, Vertreter, Wentscher-Rosenburg, Meyer-Sychow, Vertreter des Herrn Wentscher.

5. Gebäudesteuer-Reklamations-Kommission. Rosenow, Elsner-Papau, Belpreisdorf, Vertreter des Herrn Rosenow, Pohl-Olek, Vertreter des Herrn Elsner.

6. Kreis-Lazareth-Kommission. Pohl-Olek, Elsner-Papau, v. Bawisza-Warszewic, Buchholz-Neuhoff, Steinbarth-Pr. Lanke.

7. Commission zur Berathung wegen eines anderen Maßstabes für die Vertheilung der Kreislasten. Körner, Oberbürgermeister, Elsner-Papau, Rafalski-Cyhoradz, v. Bawisza-Warszewic, Steinbarth-Pr. Lanke, Lambeck, v. Czarlnski-Brochnowko.

8. Bau der Niederungen Chaussee. Rosenow, Wegner-Ditasewo, Wentscher-Rosenberg.

9. Klassensteuer-Reklamations-Kommission. Kaun, Bürgermeister a. D., Donner-Kamionken, Schlee-Kamionken.

10. Commission zur Auswahl der Mobilisierungspferde für den Bezirk Thorn. Rosenow, Wendisch, v. Sommerfeldt-Catharinenslur.

11. Commission zur Abschätzung der Mobilisierungspferde pro 1876. Kaun-Culmsee, v. Sodenstern-Grzywno, Donner-Kamionken.

12. Commission zur Revision der Rechnung der Kreis-Communal-Kasse pro 1867. G. Prowe, Tage, Lincke-Belno.

Schulwesen. Am Dienstag, d. 16. d. fand die öffentliche Prüfung der Schüler der städtischen Knabenschulen statt. Aus dem Jahresbericht des Herrn Rektor Höbel über die Anstalten von Ostern 1866 bis dahin 1867 erfolgt in nächster Nummer eine Mittheilung.

Zur Vermehrung der Erwerbsquellen für Frauen. Die Vorlesung des Herrn Stadtrath Hoppe über dieses Thema in der Gymnasial-Aula am 20. v. Mts. hat so anregend gewirkt, daß diese Frage nunmehr auch in Privatkassen lebhaft in Erwägung gezogen wird. Die praktische Bedeutung dieser Frage kommt mithin auch bei uns zur Anerkennung. Mit Rücksicht auf diese Thatache theilen wir unseren Lesern folgende literarische Notiz mit:

Über das Recht der Frauen auf Arbeit, über die dringende Nothwendigkeit einer Erweiterung der weiblichen Erwerbs- und Thätigkeitskreise ist in den letzten Jahren viel Wahres, Geistesreiches, Treffendes gesagt und geschrieben worden. Wir besitzen bereits eine ganze Literatur von Reden,

Broschüren und Büchern über diesen Gegenstand. Dennoch ist die wichtige Lebensfrage bisher nur wie ein volkswirtschaftliches social-philosophisches Problem für die höheren Clasen behandelt und vor das eigentliche Forum, die arbeitenden und erwerbsbedürftigen Frauen, nicht gebracht worden. Es fehlt für diese, für die Familien, welche ihren Töchtern nun wirklich einen nährenden Beruf gründen wollen, noch an einer praktischen Lehre, einer Nachweisung der betreffenden Erwerbszweige.

Eine solche ist aber bereits im Jahre 1863 von der Amerikanerin Virginia Penny in einem Werke gegeben worden, das eine vollständige Encyclopädie der Frauendarbeit, d. h. eine praktische Nachweisung von mehr als fünfhundert für dieselbe sich eignenden Erwerbsarten enthält und also den ersten und wichtigsten Schritt zu einer endlichen Verwirklichung des lange genug erwogenen und diskutierten Gedankens thut. Dem mehrfach ausgedachten Wunsche, dieses von bedeutenden volkswirtschaftlichen Schriftstellern sehr günstig beurtheilte Buch durch eine angemessene Uebersetzung auch für das deutsche Publicum nutzbar gemacht zu sehen, steht eine nahe Erfüllung bevor. A. Doul in Hamburg hat die schwierige Bearbeitung unternommen und wird dieselbe binnen Kurzem unter dem Titel „die Frauen-Arbeit“ mit einem empfehlenden Vorworte von Max Wirth (im Selbstverlage) erscheinen lassen. Ein bereits uns vorliegender Probebogen mit Inhaltsverzeichniß verspricht wahrhaft Nützliches.

— Auswanderung. In der Provinz Posen hat sich mit dem Eintritt des Frühjahrs an mehreren Orten unter der polnischen Bevölkerung eine auffallende Auswanderungslust nach Amerika zu regen begonnen. In den Gegenden von Schildberg, Wollstein, Eixen und Inowraclau haben sich bereits kleinere oder größere Auswanderungsgüge nach dem fernen Siele jenseits des Oceans aufgemacht und andere schicken sich an, ihnen zu folgen. Diese Auswanderungslust ist hauptsächlich durch Briefe aus den in Nordamerika neuerründeten polnischen Emigranten-Colonien angeregt worden, die von einem neuen Zuwachs an Arbeitskräften aus der Heimat einen Aufschwung ihres Wohlstandes erwarten. — Die hiesige polnische Zeitung, welche diese Notiz gleichfalls Ihren Lesern mittheilt, glaubt annehmen zu können, daß die Notiz von den „neuerdings in Amerika gegründeten Emigranten-Colonien“ eine leere Phrase sei und von Auswanderungs-Agenten herrühre, welche im eigenen Interesse, nemlich um Lantien zu beziehen, ländliche Arbeiter mit Versprechen und eitlen Hoffnungen zur Auswanderung zu verleiten bemüht sind.

— Ein starkes Feuer wurde gestern um 8 Uhr Abends wahrgenommen; wie wir hören soll ein Gehöft in Brzoza niedergebrannt sein.

Amtliche Tages-Notizen.

Den 16. April. Temp. Wärme 4 Grad. Luftdruck 27 Zoll 6 Strich. Wasserstand 11 Fuß 4 Zoll.
Den 17. April. Temp. Kälte 3 Grad. Luftdruck 27 Zoll 7 Strich. Wasserstand 11 Fuß 10 Zoll.
Warschau, den 15. April. Heutiger Wasserstand 8 Fuß.

Briefkasten.

Mit Bezug auf das Eingesandt in Nr. 58 u. Bl. über das Kaufgeschäft der Lebensversicherungs-Gesellschaft Germania mit einem Beamten der Ostbahn in Elbing geht uns vom hiesigen General-Agenten befragter Gesellschaft folgende Notiz über den Sachverhalt zu, welche wir im Interesse der Wahrheit mittheilen.

Dem qu. Eisenbahn-Beamten hatte die Germania im Januar 1865 2000 Thaler für den Fall seines Todes versichert. In der Declaration, welche der betreffenden Police zu Grunde lag, hatte der Versicherte angegeben, er habe keinen Arzt, habe auch früher keinen Arzt gehabt, habe keine Badekuren gebraucht, habe keine körperlichen Leiden, sei überhaupt niemals ernstlich krank gewesen. Dieselben Angaben hatte er auch dem ihm untersuchenden Arzte gemacht und hatte hierdurch die Ausstellung der Police durch die Germania erlangt. In Wirklichkeit war aber der qu. Eisenbahnbeamte seit 5 Jahren bereits fast ununterbrochen krank und in ärztlicher Behandlung gewesen, hatte an Rheumatismus, Lähmung der rechten Hand, einem langjährigen hartnäckigen Lungenerleiden gelitten, und gegen letzteres namentlich nicht nur fortgesetzte ärztliche Hilfe, sondern auch wiederholte Badekuren, namentlich in Lippspringe, gebraucht. Alles dies hatte der qu. Eisenbahnbeamte in seiner Declaration verschwiegen. Als im letzten Quartale des vorigen Jahres die Gesellschaft alle diese verschwiegenen Thatsachen erfuhr, bei deren Kenntniß sie niemals das Leben des qu. Beamten versichert haben würde, machte sie selbstverständlich von dem ihr geistlich zustehenden Rechte Gebrauch, die von ihr ausgestellte Police wegen unrichtiger Declaration aufzuheben. Da indes der Versicherte nach seiner zu unseren Aeuern befindlichen, von ihm herrührenden schriftlichen Anzeige sich in dürstigen Verhältnissen befand, so zahlte sie an denselben, obgleich für sie eine Verpflichtung hierzu überall nicht vorlag, eine Entschädigung aus. Dies war ein Act der Liberalität Seitens der Gesellschaft, kein Geschäft.

Die „Germania“ hat der kgl. Direktion der Ostbahn die betreffenden Akten zur Verfügung gestellt, aus welchen sich die Thatsache, wie sie hier dargestellt ist, klar ergiebt.

Insetrate.

„GAMBRINUS-HALLE.“

Dienstag, den 16. und Mittwoch, den 17. April

Harsen-Concert.

Copir-, Alizarin- und Anilin-Dinten von A. Leonhardi in Dresden empfiehlt und empfiehlt Moritz Rosenthal.

Bekanntmachung.

Die Erbauung eines neuen Forsthause für das städtische Forstrevier Barbaßen soll im Wege der Submission ausgehen werden. Bau-Unternehmer werden aufgefordert ihre versiegelten Offerten bis zum

25. April er.

Vormittags 12 Uhr
in unserer Registratur abzugeben.

Der Anschlag, die Zeichnungen, sowie die besonderen und allgemeinen Vertragsbedingungen sind ebendaselbst in den Dienststunden einzusehen.

Thorn, den 15. April 1867.

Der Magistrat.



Turn-Verein.

Donnerstag, den 18. und Mittwoch, den 24. April:

Turn-Abende.



Neue Berliner

Pianinos

von vorzüglichem Tone sind wieder
vorrätig bei J. Kluge,
Katharinenstr. 207.

Einem geehrten Publikum die ergebene Anzeige, daß ich mit meinem Schuh- und Stiefel-Lager jetzt Brückenstraße Nr. 16 eine Treppe hoch wohne und bitte ich das mir bis jetzt geschenkte Vertrauen auch in meine jetzige Wohnung gültig übertragen zu wollen; bei gütigen Bestellungen verspreche ich geschmackvolle moderne und zugleich dauerhafte Arbeit zu liefern, billige Preise und schnelle Bedienung.

C. Schnur,
Schuhmachermeister.
Brückenstr. Nr. 16.

Gründonnerstagspretzel
empfiehlt Volkmann, Brückenstr. Nr. 9.

Tapeten-Lager
bei R. Steinicke,

Beste Pfundhosen
empfohlen zum Feste täglich frisch
B. Wegner & Co.

frische Limonien
Friedrich Schulz.

Kegel-Kugeln
von Bock-Holz (rein Kern), empfiehlt in beliebigen Größen
Borkowski,
Drechsler-Meister.

Gründonnerstags-Prezel
von 1 Sgr. bis 1 Thlr. empfiehlt
C. F. Zietemann.

Gründonnerstagskringel
empfiehlt wohlgeschmeckend und billig von 6 Pf. pr.
Stück an.

Bestellungen von Torten rc. werden zu jeder
Tageszeit angenommen und auf das Beste und
Sauberste ausgeführt.

A. Wiese.

Die Verlobung unserer Tochter Emma mit
dem Herrn Siegmund Leeser aus Hannover
zeigen wir Freunden und Bekannten hiermit er-
gebnest an.

Nathan Leiser
und Frau.

Platte's Garten.

Einem geehrten Publikum die ergebene Anzeige, daß von jetzt ab wieder in meiner Badeanstalt warme Bäder zu bekommen sind.

Carl.

So eben traf eine neue Sendung der so be-
liebtesten amerikanischen

Handnähemaschinen
ein und offeriere dieselben für den Preis von 15
Thaler pro Stück.

C. B. Dietrich.

Bekanntmachung.

Zum öffentlichen meistbietenden Verkauf des ausgeschütteten Strohes aus den Lagerstellen der Artillerie- und Sträßlings-Kaserne ist Termin auf
Donnerstag, den 18. April er.

Vormittags 11 Uhr
anberaumt, wozu Kauflustige hierdurch eingeladen werden.

Der Verkauf beginnt auf dem Hofe der Sträßlings-Kaserne am Jakobstor.

Thorn, den 16. April 1867.

Königliche Garnison-Verwaltung.

Sämereien

Alle Sorten Klee-, Gras- und Garten-Sä-
mereien in schöner keimfähiger Waare empfiehlt
billigt C. B. Dietrich.

Der Unterricht im hiesigen Gymnasium be-
ginnet Donnerstag, den 25. April früh 8 Uhr.
Zur Aufnahme neuer Schüler werde ich Dienstag und Mittwoch, den 23. und 24. d. Mts., in
meinem Dienstzimmer bereit sein.

Der Königliche Gymnasial-Director
A. Lehnerdt.

Thymothee und Spörgel

in schöner, aus hiesiger Gegend gekaufter Waare
empfiehlt billigt C. B. Dietrich.

Steyrische Psalmen

à 3 Sgr. pro Pfund. L. Sichtau.

Beschlagene amerikanische Pflege empfiehlt
billigt C. B. Dietrich.

Ger. Lachs zu billigerem Preise, wie ferner
Neunaugen, mar. Aal, Büchlinge, Anchovis bei
A. Mazurkiewicz.

In meiner Collecte sind noch zu haben Loose
zur Hannoverschen Lotterie.
Ziehung der 1. Classe am 13. Mai.
C. W. Klapp.

Zu der am 18. April beginnen-
den (4. Classe) Haupt-Ziehung kgl.
Preuß. Lotterie erlaße ich auf ge-
druckten Anteilscheinen:

1/2	Loosantheil mit 30 Thlr.	15 Sgr.	— Pf.
1/4	"	15 "	6 "
1/8	"	7 "	9 "
1/16	4 Thlr.	1/30 2 Thlr.	5 Sgr. und 1/64 1 Thlr.
			Loose im Original etwas theurer.

Stettin. G. A. Kaselow,
gesetzlich befugter Lotterie-Loos-Händler.

Große Oberst Sz 8.

In letzter Zeit fielen in meine seit 25
Jahren anerkannt glücklichen Collecte 150,000
Thlr., 2 mal 50,000 Thlr., 1 mal 10,000 Thlr.
rc. rc. auf von mir überlassene Looses, weshalb ich
mich zur geneigtesten Abnahme hierdurch bestens
empfahlen halte.

Pumpernickel
A. Mazurkiewicz.

Als Krankenwärterin empfiehlt sich
Ww. Spott,
Fischerei Nr. 132
bei Frau Matuzewská.

Pfundhese bester Qualität, täglich frisch
bei J. G. Adolph.

Aepfel-Verkauf
neben dem Denkmal des Copernicus.

Ich suche einen Lehrling,
dem in meinem Hause, außer einer einfachen La-
den-Expedition mit reinlichen Artikeln während
3 bis 4 Jahren in rationeller und humanster
Weise (je nach Verdienst) Gelegenheit geboten
wird, für den Betrieb von Spiritus-Nectif., Liq.-
Essig- und Mostrich-Fabrik, Kaufm. Buchhalterei
und Korrespondenz, Ausbildung zu erlangen.

Von gebildeten Eltern streng sittham erzo-
gen, wird derselbe sowohl dafür als auch für ge-
sellige Tournüre gute Beispiele in seiner Nähe
haben, und mit bescheidenen Ansprüchen die Liebe
der Elternpflege nicht vermissen.

Louis Horstig.

